Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1861

15.6.1861 (No. 139)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 15. Juni.

Nr. 139.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Badische Generalsynode.

* **Karlsruhe**, 13. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung der Generalsynode standen die Kommissionsberichte, das neue Kirchenbuch und die Oeffentlichkeit der Sitzungen betreffend. In ersterer Beziehung war nämlich von dem großh. Oberkirchenrath der Antrag gestellt: „Generalsynode wolle beschließen, daß diejenigen Modifikationen der neuen Gottesdienst-Ordnung, welche jetzt in den einzelnen Gemeinden bestehen, so lange fortzubestehen haben, bis entweder die betreffende Gemeinde selbst einen Fortschritt in der Form des Gottesdienstes näher zu der Form des neuen Kirchenbuchs hin wünscht, oder eine Generalsynode die ganze Gottesdienst-Sache neu ordnet.“ Der großh. Oberkirchenrath hat sich zu diesem Antrag veranlaßt gesehen, weil es ein bedeutender Uebelstand ist, wenn ein in aller Form Rechtens zu Stande gekommenes Gesetz — und ein solches ist die neue Gottesdienst-Ordnung — nicht seine volle Befriedigung erhält und nicht zu seiner vollen Geltung kommt. Ein solcher Zustand, wie er nun bei uns sich entwickelte, darf als provisorischer Ausnahmszustand wohl bis zum Zusammentritt einer neuen Versammlung der kirchlichen Repräsentation bestehen, muß aber, sobald eine solche zusammentritt, entweder aufgehoben oder durch Gutheißung dieser Versammlung zu einem gesetzmäßigen erhoben werden. An dem Zustand zu rütteln, der jetzt in Beziehung auf die Form des Gottesdienstes in den einzelnen Gemeinden besteht, können wir, fährt der großh. Oberkirchenrath fort, in keiner Weise rathen. Die Aufregung war zu groß, zu allgemein, und ist zu kurz erst vorübergegangen, als daß wir einen neuen Versuch, die Form des neuen Kirchenbuchs allgemein einzuführen, glauben machen zu dürfen. Dagegen ist der andere Weg möglich und leicht zu gehen; es wird dadurch die eingetretene Ruhe und das eingetretene Vertrauen befestigt und dem Zustande, der bisher nur ein provisorischer war, die gesetzliche Geltung verliehen. Auf diese Motive gründet sich die der Generalsynode gemachte Vorlage. Die Kommission erkannte die Motive dieses Vorschlags an, glaubte aber den Antrag selbst dahin formuliren zu müssen, die Generalsynode möge die Modifikationen der Gottesdienst-Ordnung, welche in Folge der höchsten Entschließung des Großherzogs vom 20. Dez. 1858 einzelnen Gemeinden bewilligt wurden, gutheißen und die Zustimmung ertheilen, daß in diesem Sinn und Geist fernerhin verfahren werde. Die Synode hielt es für angemessen, sich auf eine eingehende Diskussion nicht einzulassen, und erhob nach einigen Bemerkungen einzelner Abgeordneten den Kommissionsantrag, mit welchem sich auch das Kirchenregiment einverstanden erklärt hatte, zu ihrem Beschluß.

Hierauf wurde zu dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung — Oeffentlichkeit der Sitzungen — geschritten. Die Majorität der Kommission schlug der Synode vor, nach Maßgabe des §. 78 des Verfassungsentwurfs die Oeffentlichkeit zu gestatten. Dieser Paragraph lautet: Alle stimmberechtigten Kirchengemeindeglieder können den Sitzungen der Generalsynode als Zuhörer anwohnen. Die Sitzungen werden geheim auf das Begehren von Kommissären des Kirchenregiments bei Eröffnung von Mittheilungen, für welche sie die Geheimhaltung für nöthig erachten, und auf den Antrag von 3 Mitgliedern, denen nach Entfernung der Zuhörer ein Viertel der Mitglieder beitritt. Um jedoch der Rücksicht der Ordnung und des Anstandes zu genügen und hauptsächlich auch in Betracht der Beschränktheit des Raumes wurde der Zutritt an die Abgabe von Karten geknüpft, die bei dem Bureau in Empfang genommen werden können. Ein später zurückgezogener Minoritätsantrag wollte nur solchen Personen die Tribünen geöffnet wissen, welche in irgend einer Beziehung zur kirchlichen Repräsentation stünden. Ungeachtet kein einziges Mitglied der Synode dem Prinzip der Oeffentlichkeit an sich entgegen war, entspann sich doch eine sehr lebhafte Diskussion. Einerseits wurde hauptsächlich gewünscht, man möchte die Oeffentlichkeit der Sitzungen nicht schon jetzt, sondern erst, wenn sie verfassungsmäßig angenommen sei, einführen, da es wohl vorerst an der Veröffentlichung der Verhandlungen genüge. Auch wies man darauf hin, daß ein eigentliches Verlangen nach Oeffentlichkeit der Sitzungen sich in dem Schoße der Landesgemeinde noch nicht ausgesprochen habe. Von anderer Seite wurde versichert, daß die Oeffentlichkeit eine unerläßliche Bedingung des Vertrauens sei und der Wunsch darnach in der That sehr lebhaft empfunden werde. So nahm man zuletzt den Kommissionsantrag an, und es werden also bei den künftigen Plenarsitzungen die Tribünen in vorhin bezeichneter Weise geöffnet sein.

Eine schwedische Depesche.

Kopenhagen, 6. Juni. Die „Berlingske Tidende“ theilt die nachfolgende Depesche des schwedischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Manderström, an den schwedischen Gesandten in London, Grafen Platen, mit:

Stockholm, den 29. März 1860. Hr. Graf! Es ist uns bekannt, daß die dänische Regierung die Aufmerksamkeit Ihrer großbritannischen Majestät auf die Verhandlungen, die neulich in den preußischen Kammern bezüglich der Verhältnisse zwischen Dänemark und Deutschland stattgefunden, und besonders auf die Weise hingelenkt hat, in der der preußische Minister des Auswärtigen sich mit Hinsicht auf das angebliche Recht Deutschlands, administrative Verhältnisse des Herzogthums Schleswig zu ordnen, ausgedrückt hat. Da die dänische Regierung, wenn allerdings mit Festigkeit, so doch unbedingt mit Mäßigung gegen diese unberechtigten Forderungen protestirt hat, brauche ich nicht auf die Hauptfrage einzugehen, und das um so mehr, da dieselbe in den Mittheilungen, die von hier aus an die königl. Gesandtschaft in London im Lauf des Zeitraums von über 14 Jahren gemacht worden sind, in welchen diese Uneinigkeit zwischen Dänemark und dem Deutschen Bund angedauert hat, öfterer erörtert worden ist. Ich brauche also bloß hier anzuführen und Ihnen, Hr. Graf, aufzutragen, der brittischen Regierung klar zu entwickeln, daß die Gedanken und Gefühle König Karl's XV. mit Hinsicht auf diese Sache ganz dieselben sind, die sein Vater an den Tag gelegt hat, und daß Se. Majestät entschlossen ist, die Politik zu befolgen, die Sr. Majestät hochseliger Vorgänger ihm vorgeschrieben.

Ich habe deßhalb auf spezielle Ordre Sr. Majestät Sie, Hr. Graf, zu ersuchen, bei Ihrer brittischen Majestät Regierung jeden Schritt des Kabinets in Kopenhagen, der zur Absicht hat, dasselbe von den Anmaßungen und Eroberungsplänen (!!!) der verbundenen deutschen Mächte zu befreien, warm zu unterstützen. Zur Anleitung für die Sprache, die Sie in dieser Sache zu führen haben, brauche ich bloß Sie auf meine Depesche vom Oktober 1858 hinzuweisen. Die Situation ist noch dieselbe, nur daß sie durch die von Preußen und Deutschland offen ausgesprochenen Forderungen hinsichtlich Schleswigs ernster geworden ist. Ich kann nur wiederholen, was ich damals sagte. Dieses Herzogthum ist und muß als außerhalb der Kompetenz des Deutschen Bundes befindlich betrachtet werden.

Jede Einmischung in Betreff Dessen, was innere Angelegenheiten dieses Herzogthums angeht, ist nach unserer Meinung eine unzuläßige Einmischung einer fremden Macht, die nicht bloß gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen die heiligsten Interessen des nördlichen Europa's streitet. Wir können jetzt eben so wenig, wie bei Beginn des Streits, unsere Zustimmung zu einem Eroberungskriege von Seiten Deutschlands geben, und wir sind fest überzeugt, daß Großbritannien eine solche Begebenheit nicht mit gleichgiltigen Blicken betrachten werde. Die Erhaltung der Integrität der dänischen Monarchie, welche von den größten Mächten Europa's garantirt ist, und welche eines von den Hauptelementen des europäischen Gleichgewichts bildet, wird nicht auf's Spiel gesetzt werden können, ohne daß dies uns lebhaft und fühlbar berühren muß. Ich habe bereits Sie von den ernsten Entschlüssen unterrichtet, zu denen eine solche Eventualität uns führen könnte; aber weit entfernt, dieselbe herbeizuwünschen, sprechen wir die aufrichtigsten Wünsche aus, daß dieselbe möge vermieden und daß unser gutes Einverständniß mit Deutschland möge beibehalten werden können.

Um dieses in so außerordentlich hohem Grade wünschenswerthe Resultat zu erreichen, glauben wir nochmals uns an Ihrer Brittischen Majestät Regierung hinwenden zu dürfen, um deren Aufmerksamkeit darauf hinzulenken, wie zweckmäßig, ja sogar nothwendig es sei, die Gefahren zu entfernen zu suchen, welche von neuem dem Norden drohen, dazu Ihren Einfluß bei den betreffenden Mächten, und zuerst und zuvörderst bei Preußen anzuwenden, um dasselbe zu vermögen, eine Verfahrensweise nicht festzuhalten, die nur fatal werden kann. Ich bitte Sie, Hr. Graf, sich darüber offen gegen Lord John Russell auszusprechen und ihm die ernste Besorgniß zu entwickeln, welche die Regierung Sr. Maj. des Königs nährt und für welche, wie wir uns schmeicheln, die brittische Regierung nicht gleichgiltig sein wird. Sie können auch die Versicherung geben, daß wir gleichzeitig nicht aufhören, der dänischen Regierung zur größten Mäßigung zu rathen; wir haben Grund zu glauben, daß dieselbe beschäftigt ist, einen Vorschlag auszuarbeiten, der, wie man hoffen darf, die verschiedensten Interessen befriedigen und in den verschiedenen Provinzen der Monarchie Beifall gewinnen kann. Empfangen Sie ꝛc. (unterz.) Manderström.

Deutschland.

\# **Aus dem Mittelrheinkreis**, 12. Juni. Die Theologen und Geistlichen in unserm Lande haben ihre Konferenzen und Synoden, die Mediziner ihre Vereinstage, die Advokaten neuerdings ihre Versammlungen, der Notariatsverein seine Berathungen, die Künstler ihre Genossenschaften, die Bierbrauer ihre Kongresse, die Gerber ihre Sitzung, selbst die Volksschullehrer freuen sich ihres Tages an den regelmäßig wiederkehrenden Versammlungen des Pestalozzivereins. Nur ein Stand, und keiner der letzten im Staate, der Stand der Lehrer an höheren Anstalten, ist bisher noch in unbedingter Vereinsamung seiner Glieder, ohne den Vortheil eines gemeinsamen literarischen Organs, ohne den Segen des lebendigen, persönlichen Gedankenaustausches geblieben. Der große Anlauf einer 1847 veranstalteten allgemeinen Lehrerversammlung ist schnell zur Ruhe gekommen. Eine Versammlung mit so sehr auseinandergehenden, wenn auch wieder so nahe verwandten Interessen und Strebungen, wie die damalige allgemeine Lehrerversammlung in Offenburg, konnte auch wohl nicht von Bestand sein. Ueberblicken wir aber die gegenseitigen Verhältnisse unserer Lehrer an Gelehrten- und höheren Bürgerschulen, wie traurig, wie alles gegen-

---

** Vreneli.

Von K. G. Fecht.

Erste Abtheilung.

I.

„Grüß Gott, Vreneli, wohin so schnell, ohne einen „Guten Morgen“ für die Nachbarn?“ So rief aus dem Schiebfensterchen eines bescheidenen Häuschens in einem oberländer Dorf am Fuße des Blauen ein graues Mütterchen mit der altfränkischen Sattelbrille auf der Nase einer schnell vorübergehenden Jungfrau zu.

„Ei, guten Morgen, Lisbeth, ich habe Eile; im Rückweg kehre ich ein wenig an,“ erwiederte weiter eilend die Angeredete, ein schmuckes Markgräflerkind von 18 Jahren, dem die flatternde Bänderhaube gar grußlich von der glänzenden Stirne winkte.

Die alte Lisbeth aber schloß das Fensterchen wieder, legte die Brille in das alte Postillenbuch, das vor ihr auf dem Tische aufgeschlagen lag, und machte sich in dem niedern Stübchen geschäftig an's Aufräumen, damit es dem lieben Nachbarskind doch auch ein wenig gefiele in der engen Hütte.

Und daß es dem schönen Kinde in derselben nicht mißfiel, dafür zeugte die Eile, mit welcher dasselbe im nächsten Augenblicke schon wieder die Dorfstraße herabkam, um der alten Lisbeth Wort zu halten. Fast scheint es aber, als ob die beflügelte Eile ihrer Schritte auch noch einen andern Grund hätte, als nur das der alten Mutter gegebene Versprechen; denn an der Schwelle des Häuschens stand, als sie eintrat, Johannes, der armen Wittwe Sohn, ein manneskräftig herangewachsener, schöner Jüngling von etwa 20 Jahren, und das „Grüß Gott Johannes!“ und das „Gottwilche Vreneli!“ hatten einen ganz andern Ton und Klang, als der Gruß an das Mütterlein, und Vreneli's blaue Augen blickten so wonnig strahlend, so liebefeucht in des Jünglings Angesicht, daß man wohl daraus erkennen mochte, wie es um die Herzen der beiden Leutchen stand.

Willig schlug sie in die dargebotene Rechte ein. „Komm her, Du Faullenzer!“ redete sie den glücklich Lächelnden scherzend an, „Du sollst mir Rechenschaft geben, warum Du gestern nicht zur Spinnstube bei der Muhme Barbara gekommen,“ und zog den scheinbar Widerstrebenden sich nach durch die Hausflur nach der Stubenthüre. Ein schnell gemachter Versuch, die schäckernde Nachbarin auf die weiße Stirn zu küssen, scheiterte zwar an dem Widerstreben der lachenden Jungfrau und durch das Ungeschick des Angreifers, aber übelgenommen hätte sie's ihm allem Anschein nach nicht, wenn er etwas rascher und geschickter gewesen wäre.

In der niedern Stube, deren Decke beinahe der riesige Kachelofen erreichte, deren dritter Theil die breite Himmelbettlade mit dem roth und blau karrirten Vorhang ausfüllte, war es gar behaglich warm, und das Mütterchen saß schon wieder emsig drehend am schnurrenden Spinnrad. Johannes aber setzte sich auf die breite Ofenbank, und Verena, den Wink seiner Augen und den leisen Druck seiner Hand verstehend, setzte sich neben ihn. „Schon so frühe, Mutter Lisbeth, seid Ihr am Spinnrocken, und schaffet, als hättet Ihr drei Töchter auszusteuern und für viele Kinder zu sorgen, und habt doch Euren Johannes, der stark und fleißig genug ist, um für Euern Unterhalt zu sorgen!“

„Ach ja, den hab' ich freilich, Vrenele, aber wie lange werd' ich ihn noch haben? Hat mir doch der Herr Pfarrer erst gestern gesagt, der Kaiser von Oesterreich wolle wieder Krieg anfangen mit dem Napoleon, und dann müßten wahrscheinlich auch unsere Leute mit fort in's Feld.“

„Aber Mutter,“ fiel Johannes ein, „ich habe ja eine der höchsten Nummern gezogen, und es sind noch Viele im Dorf, die müssen vor mir einrücken, wenn's dazu kommt.“

„Ja, aber das sind meist reicher Leute Kinder, die können sich loskaufen, aber Du?“ —

„Den Johannes,“ fiel, sich selbst vergessend, Verena ein, „den kaufen wir auch los. Mein Vater kann ihn ja gut leiden, und wenn ich ihn darum bitte, so wird er mir's nicht abschlagen.“

„O, Vreneli, wie gut bist Du,“ sagte Johannes, und drückte ihre Hand fester, und sein glücklicher, dankbarer Blick ruhte auf den lieblich durch den Widerschein eines edlen Entschlusses verklärten Zügen der Jungfrau.“

„Ja, Du bist gut, Vreneli,“ sagte Lisbeth, „und ich weiß, daß, wenn es von Dir abhinge, unser Johannes nicht fort müßte, aber Du kennst die reichen Leute noch nicht, Du wirst sogar in Deinem Vater Dich täuschen. Daß er den Johannes gerne hat, weiß ich — aber ob er ihm seine Tochter geben will, ob er ihn gern zum Tochtermann haben möchte, das ist eine andere Frage. Da sind die Söhne reicher Bauern im Ort und in der Nachbarschaft, die haben längst ein Auge auf des Chrüsibauern Vreneli geworfen; da ist des reichen Obermüllers Michael, der schon lange dem Johannes Weg und Steg verstellt und ihm gram ist, weil er nicht der Hahn im Korb ist, und der . . .“

„O, der hat ja fast die niederste Nummer gezogen, und ist kräftig und kriegstauglich, und macht seinem Vater ohndies Kreuz und Sorge genug; der wird wohl vor mir fort müssen.“

„Vor Dir? glaube das nicht, mein Sohn! Er wird losgekauft, und Du, obwohl der armen Lisbeth einziger Sohn, wirst Soldat werden, und wirst mir gar nicht oder als Krüppel wieder heimkommen,“ und bittere Thränen strömten der bekümmerten Mutter über die welken Wangen.

„Mutter Lisbeth,“ sagte selbst mit bewegter Stimme aufstehend das Mädchen, „Ihr seht zu trüb und schwarz in die Zukunft; ich verzweifle nicht an dem Herzen meines Vaters, und — und den Michael nehme ich nicht, und keinen Anderen als —“ mit diesen Worten eilte sie, rosig erglühend, zur Thüre hinaus.

„Wollte Gott, sie hätte Recht!“ schluchzte Lisbeth, und Johannes ging nachdenklich hinaus an seine Geschäfte im Stall und Scheune.

(Fortsetzung folgt.)

seitig anregenden, fördernden, stärkenden Lebens baar erscheinen sie uns! Darum aber auch, wie fremd, ja fast in geschlossene gegnerische Lager geschieden stehen einander die Lehrer der verschiedenen Anstalten gegenüber, wie ohne Wort und Ton erscheint der ganze Stand, wo es sich um nachdrückliche Vertretung seiner Interessen handelt, um Regelung seiner materiellen Stellung, um irgend bestimmenden Einfluß auf sachliche Fragen des Berufes!

Wir sind überzeugt, daß die öffentliche und berufliche Stellung des Standes eine ganz andere, seine Wirksamkeit eine gedeihlichere und freudigere sein müßte, wenn solche jährlich wiederkehrende Versammlungen die jetzt vielfach sich fremd und theilnahmlos gegenüberstehenden Standesgenossen zu fachlichem und geselligem Austausch ihrer Erfahrungen, Wünsche und Hoffnungen veranlaßten. Sollten sich nicht Gleichgestimmte finden, welche den Vorschlag mit Freuden begrüßten, im Laufe der nächsten Herbstferien etwa in Achern oder Offenburg, oder an irgend einem passendern Orte, zu obigem Zweck sich zu vereinigen?

≌ **Bruchsal**, 13. Juni. Die Tagesordnung der Sommersitzung des mittelrheinischen Schwurgerichts ist dahin festgesetzt worden, daß zur Verhandlung kommen:

1) Montag den 24. Juni, Morgens 8 Uhr: Anklagesache gegen Alois Behr von Stupferich und Heinrich Heim von Gölshausen, wegen Raubs;

2) Dienstag den 25. Juni, Morgens 8 Uhr: Anklagesache gegen Christine Herb von Langenalb wegen Kindsmords;

3) Mittwoch den 26. Juni, Morgens 8 Uhr: Anklagesache gegen Rosine Stösser von Bruchhausen wegen Kindsmords;

4) Donnerstag den 27. Juni, Morgens 8 Uhr: Anklagesache gegen Franz Anton Huber von Griesbach, wegen eines Vergehens gegen die Sittlichkeit.

Kehl, 12. Juni. (Frbgr. Ztg.) Diesen Morgen 10 Uhr langten Se. Königl. Hoheit der Großherzog und Se. Großh. Hoheit der Prinz Wilhelm hier an. Sie besahen die neue Eisenbahn-Rheinbrücke, sowie auch die Fortifikationsbauten, namentlich das bald vollendete Nordfort. Die diesseitige Eisenbahn-Drehbrücke wurde geöffnet und wieder geschlossen, was immer als eine interessante technische Operation sich darstellt. Der hiesige Garnisonskommandant Oberstleutnant v. Weiler und der großh. Oberzollinspektor Poppen hatten die Ehre, die höchsten Herrschaften an die bezeichneten Punkte zu geleiten. Kurz nach 11 Uhr fuhren Höchstdieselben mit dem Schnellzug nach Karlsruhe zurück.

Freiburg, 13. Juni. (Frbgr. Ztg.) Heute begannen die Schwurgerichts-Verhandlungen unter dem Vorsitz des Hrn. Hofgerichts-Raths Weber. Zur Verhandlung kommt heute die Anklage gegen Wunibald Schiermaier von Rust, wegen Brandstiftung.

β **Konstanz**, 12. Juni. Seit vorgestern weilen die Präsidenten des Finanz- und Handelsministeriums, die HH. Geh. Räthe Vogelmann und Weizel, dahier, um sich von dem Fortgang der Eisenbahnbauten an Ort und Stelle zu überzeugen, sowie über noch einige schwebende Fragen bezüglich der hiesigen Hafen- und Bahnhofbauten und der durch die Eisenbahn nöthig werdenden neuen Douaneneinrichtung zu berathen und sich überhaupt über die Verkehrs-, Handels- und Gewerbsverhältnisse hiesiger Stadt und Umgegend näher zu unterrichten. Man hofft, daß sich genannnte Herren noch bis Donnerstag den 13. d. M. dahier aufhalten werden, um dem Einsetzen des zweiten Bogens unserer neuen Rheinbrücke unter der persönlichen Leitung des Hrn. Benkiser anzuwohnen.

München, 11. Juni. (N. C.) Die seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte bezüglich der amtlichen Stellung des Oberkonsistorialraths Dr. Rust fixiren sich seit gestern mit großer Bestimmtheit dahin, daß der genannte Herr in Ruhestand versetzt worden sei.

München, 13. Juni. (Südd. Ztg.) Der k. Kriegsminister, Generalleutnant v. Lüder, ist pensionirt und der Chef des Geniekorps, Generalmajor v. Spieß, unter Ernennung zum Staatsrathe im ordentlichen Dienste, zum Kriegsminister ernannt. Dabei vernimmt man, daß Hr. v. Lüder um seinen Rücktritt nicht nachgesucht hatte.

Speyer, 13. Juni. Hr. Dekan Moschel in Kusel wurde zum Geistlichen Rathe des Konsistoriums und zum Hauptprediger in Speyer ernannt.

* **Frankfurt**, 13. Juni. In der heutigen Bundestags-Sitzung gab Preußen bezüglich seines Antrages vom 2. Mai, den Oberbefehl betreffend, eine Erklärung ab. In derselben rechtfertigt Preußen die Bezeichnung des Antrages als einen „vermittelnden" und geht näher auf die Sachlage ein. Um die Gegensätze auszugleichen, welche bezüglich der Oberfeldherrnfrage an den Tag getreten, habe Preußen Abstand genommen, die textuelle Aenderung der Art. 12—16 der „Allgemeinen Umrisse" zu fordern, und begnüge sich, eine zusätzliche Ausnahmebestimmung zu beantragen für den Fall des Zutritts der Gesammtmacht einer oder zweier Großmächte. Eine ähnliche Vermittlung liege in dem badischen Antrag und auch in der Würzburger Konvention. Im Verlauf der Erklärung wird erwähnt, daß die Berliner Konferenzen nicht über den Punkt einleitender Besprechungen hinausgegangen seien und daß Preußen sich eventuell zu einer direkten Mitvertheidigung des südlichen Deutschlands bereit erklärt habe. — Ferner bringt Preußen einen Antrag über Formirung einer Küstendivision aus zwei Brigaden preußischer und hannoverscher Truppen, mit Hinzuziehung von Kontingenten der Reservedivision, ein. Zugleich wird eine hierdurch bedingte veränderte Vertheilung der übrigen Truppen der Reservedivision in die Bundesfestungen beantragt. Mehrere Staaten der Reservedivision erklärten sofort ihre Zustimmung. Die übrigen Verhandlungen — Kaffedotationssachen, Festungsangelegenheiten ꝛc. — bieten kein allgemeineres Interesse. Hr. v. Usedom wohnte der Sitzung wieder bei.

Kreuznach, 13. Juni. (Fr. J.) Die heutige Generalversammlung der Aktionäre der Rhein-Nahe-Eisenbahn ernannte eine aus fünf Mitgliedern bestehende Revisionskommission, um über die Führung des Unternehmens durch die Direktion, die Gründe der von Anfang an stattgefundenen Kapitalsüberschreitungen und die ganze Lage Erhebungen zu pflegen. Ferner wurde die Annahme der Regierungsproposition beschlossen, wornach erst nach Deckung der Prioritätszinsen und der vorschriftsmäßigen Amortisation 2 Proz. Dividenden für die Stammaktien zu vertheilen sind.

Hannover, 11. Juni. (Köln. Ztg.) Bergkommissar Hildebrand, den Hr. v. Borries aus dem Ober-Medizinalkolleg verstieß, weil er die Versammlung vom 8. v. M. besucht hatte, dem das Kolleg deßhalb seine Theilnahme ausdrückte und dafür vom Minister einen ernsten Verweis erhielt, eben derselbe ist heute von Magistrat und Bürgervorstehern zum Senator der Hauptstadt erwählt, und zwar mit der überwiegenden Majorität von 15 gegen 5 Stimmen, welche fünf aber gleichfalls einem liberalen Bürgervorsteher, dem Hrn. Karl Röse, zufielen.

Berlin, 13. Juni. (Köln. Ztg.) In dem Prozesse gegen den Generalkonsul Spiegelthal wurde heute das Urtheil publizirt; der Angeklagte wurde freigesprochen. Der Gerichtshof hat angenommen, daß ihm die 400 Thlr. als Aversum zur Verwendung nach seinem eigenen Ermessen gewährt worden seien. Die übrigen Punkte seien nicht erwiesen.

* **Berlin**, 13. Juni. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Forterhebung des Zuschlags von 25 Proz. zur klassifizirten Einkommensteuer und zur Klassensteuer, zur Mahl- und Schlachtsteuer (vom 10. Juni); — ferner einen Allerhöchsten Erlaß vom 27. Mai, betreffend die Ertheilung des Expropriationsrechtes für die von Altenbeken bis Holzminden zu erbauende Eisenbahn; — endlich eine Bekanntmachung des Ministers v. d. Heydt, betreffend die allgemeine Gewerbe- und Kunstausstellung in London im Jahr 1862. Es wird in Berlin unter dem Vorsitze des Kronprinzen eine besondere Kommission gebildet, welche die amtliche Bezeichnung trägt: „Kommission für die Industrieausstellung in London." In jedem Regierungsbezirk werden Bezirkskommissionen gebildet. — Die „Voss. Ztg." bespricht heute den Verfassungsentwurf für die evangel. Landeskirche in Baden mit großer Anerkennung. — Die Frage der Erbhuldigung beschäftigt die ganze preußische Presse. Es handelt sich namentlich darum, ob und wie weit die alte feudale Form bei diesem Akt Platz greifen soll.

Dresden, 12. Juni. Die sächsische Zweite Kammer hat gestern beschlossen, bei ihren in der kurhessischen Angelegenheit gefaßten, von der Ersten Kammer abgelehnten Beschlüssen zu beharren.

Wien, 11. Juni. (N. C.) Die Spannung zwischen den ungarischen und den deutschen Ministern soll neuestens eine sehr bedeutende geworden und das verhältnißmäßig ruhige Nebeneinanderwirken, wie es bisher zum Schein wenigstens bestanden, einer offenen Gegnerschaft gewichen sein. Der Staatsminister ist jetzt in der günstigen Lage, eine ansehnliche Majorität im Abgeordnetenhause sowohl, als im Herrenhause für sich zu haben, eine Majorität, deren Zustandebringung ausdrücklich von ihm gefordert worden zu sein scheint. In der heutigen Sitzung wurde in der That von Dr. Giskra, dem eigentlichen Sprecher der Linken und der Majorität, der geschlossene Friede zwischen Ministerium und Majorität feierlich proklamirt, und man sah gleich darauf die Minister für die Zulassung eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes stimmen, welches früher einer der strittigen Punkte war. Die rechte Seite des Hauses ist jetzt in einer weit schwierigeren Lage, als sie je zuvor gewesen. Sie kann nicht gut in verschiedenen Fragen der Freiheit mit der Linken zusammengehen, weil sie die Kompetenz der gegenwärtigen Versammlung nicht anerkennt. Wird der Vertagungsantrag Rieger's nicht angenommen oder, wie es wahrscheinlicher ist, nicht einmal von der Majorität zugelassen, so wird sich die Rechte wohl darauf beschränken, von Fall zu Fall gegen die Kompetenz zu protestiren, ohne jedoch auf die Theilnahme an den definitiven Feststellungen der Gesetze ganz zu verzichten, um wenigstens in den Geist dieser Gesetze so viel als möglich von der eigenen Ansicht hineinzubringen.

* **Wien**, 11. Juni. Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Stimmung in den ungarischen Nebenländern keineswegs so magyarisch ist, wie Diejenigen behaupten, welche das große Wort in Ungarn führen. Eine Vergleichung der bis jetzt bekannt gewordenen authentischen Erklärungen, Proteste ꝛc. ergibt ungefähr folgendes Resultat: Die Kroaten erklären die frühere Verbindung mit Ungarn für erloschen, zeigen sich aber geneigt, unter der Bedingung vollkommener Unabhängigkeit des dreieinigen Königreichs Kroatien-Slavonien-Dalmatien neue Verhandlungen über die staatsrechtliche Stellung desselben zu Ungarn anzuknüpfen. Von dem „Dreieinigen Königreich" will aber eine große Partei in Dalmatien nichts wissen, weil sie sich Italien zuneigt; Fiume nichts, weil es einfach ungarisch sein will; die Serben nichts, weil sie nicht kroatisirt werden mögen; und die Rumänen wollen weder in Magyaren, noch in Kroaten, noch in Serben aufgehen. Die Deutschen in Siebenbürgen stehen fest auf ihrem Deutschthum und in ihren alten Einrichtungen, und die Slowaken im nördlichen Ungarn bestehen entschieden auf ihrer Autonomie. Man sieht: alle diese Nationen und Nationchen wollen in dem Magyarenthum nicht aufgehen; sie wollen mit ihm in föderalistischer Verbindung stehen, darin ihre nationale Selbständigkeit bewahren, und wo möglich kleinere Nachbarn absorbiren. Merkwürdig ist, daß in dieser Wirrniß sich durchkreuzender Strebungen so gut wie gar kein Element sich findet, welches nach Wien gravitirt.

Wien, 10. Juni. Gestern Nachmittag wäre es im Prater beinahe zu einem sehr ernstlichen Konflikte gekommen. In einem Bierhaus war eine Rauferei entstanden. Die herbeigeholte Polizeiwache wollte Ruhe stiften, und kam bei dieser Gelegenheit selbst arg ins Gedränge; ein Polizeisoldat wurde zu Boden geschlagen, und seine Kameraden mögen ebenfalls manchen Puff erhalten haben. Sie riefen deßhalb, um die Arretirung der Hauptcedenten zu ermöglichen, die Hilfe von sechs eben anwesenden Soldaten des italienischen Regiments Frank an, welche bereitwillig geleistet wurde. Die Italiener, darunter vier Korporale und ein Führer, zogen die Seitengewehre und hieben mit der flachen Klinge um sich. Mit dieser Assistenz gelang es der Polizeiwache, sich und ihren Arrestanten, einen Kutscher, durch die wüthende Menge durchzudrängen und in das Wachlokal zu bringen. Hier sammelte sich nun die über die italienische Intervention erboßte Menge in hellen Haufen, vier- bis fünftausend Mann stark, und machte, theilweise mit Holzprügeln bewaffnet, Miene, das Wachhaus zu stürmen. Nur der Geistesgegenwart und dem besonnenen Takte des herbeigeeilten Leutnants der Polizeiwache gelang es, die Menge zu beschwichtigen und die anstandslose Abführung des Arrestanten zu veranstalten. Mit wenigen höflichen Worten hatte der Offizier die wilde Masse beruhigt. — Wie der „Presse" geschrieben wird, wurden in Ofen gestern die Aufforderungen zur Bezahlung der rückständigen Steuern vertheilt. Vormittags begaben sich die Altofener Weinbauern sehr zahlreich nach der Ofener Steueramtskasse und erlegten die rückständige Steuerquote. Aber auch in Pesth sind die Steuerzahlungen im besten Gange. Demnach gewinnt es den Anschein, als ob die Einkassirung der rückständigen Steuern in den Schwesterstädten besser vor sich ginge, als man nach der Sprache gewisser ultra-magyarischer Organe erwarten konnte.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 10. Juni. Die „Allg. Ztg." brachte jüngst einen Wiener Brief, der angebliche Enthüllungen über die Motive enthielt, die den Selbstmord des Grafen Ladislaus Teleki verursacht haben sollen. Die HH. Graf Teleki, Graf Zichy, Lukacs, Baron Podmaniczky, Tisza, Almasy, Komaromy, die theils Anverwandte, theils intime Freunde des Verblichenen sind, veröffentlichen eine an die Redaktion dieses Blattes gerichtete Erklärung, worin sie die in Rede stehenden Enthüllungen als Erfindung, Lüge und Verleumdung bezeichnen.

Pesth, 12. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses vertheidigt Deak den die Thronentsagung betreffenden Passus seiner Adresse gegen die beantragten Modifikationen. Auf Verlangen von 20 Abgeordneten wird namentliche Abstimmung vorgenommen und hierbei die Modifikation der Resolutionspartei mit 134 gegen 120 Stimmen angenommen.

Temeswar, 7. Juni. Während die Serben sich gegen die Kroaten und Magyaren um ihre politische Selbständigkeit wehren, wünschen sie zugleich die Rumänen des Banats sich unterzuordnen. Davon aber wollen diese nichts wissen. Man schreibt hierüber der Wiener „Presse":

Die Rumänen des Banats haben an den Ministerpräsidenten Erzherzog Rainer eine Adresse zur Ueberreichung an den Kaiser übersendet, in welcher sie gegen die Beschlüsse des Karlowitzer Kongresses, insoweit dieselben die Rumänen betreffen, Verwahrung einlegen. Die Serben wollten bekanntlich in das Bereich des Territoriums, welches zur Bildung einer Wojwodina in Antrag gebracht wurde, außer mehreren anderen der serbischen Nation heterogenen Volksstämmen auch 167,000 Rumänen aus dem Torontaler und Temeser Komitate, dann dem deutsch-banater und dem früher illirisch-, gegenwärtig serbisch-banater genannten Grenzregiment einbezogen wissen. Die Rumänen wollen nun in dieses Gebiet nicht als eine jeder Selbständigkeit beraubte Nation einbezogen werden und überhaupt keinem Stamme als Subordinirte dienen. Sie glauben sich gegen die Beschlüsse des Karlowitzer Kongresses um so mehr verwahren zu müssen, als sie bisher ohnehin unter dem mehr denn hundertjährigen kirchlichen Drucke der Serben, welchem sie noch immer unterstehen, nur zur Hebung der Glorie der serbischen Nation, folglich zur Ergänzung der bloß idealisirten großen numerischen Zahl der Serben, unter dem Titel der „griechisch-orientalischen Bewohner Ungarns", dienten. Charakteristisch für die politische Haltung der Rumänen und ihre Stellung zum Reichsrathe ist es, daß sie sich auf die in der kaiserl. Thronrede ausgesprochenen Grundsätze in Betreff der Gleichberechtigung aller Völker berufen, also den Reichsrath anerkennen.

Agram, 12. Juni. In der heutigen Landtagssitzung wurde das Protokoll der letzten Sitzung verifizirt, dann mehrere Beschwerden und Vorschläge verlesen und an die betreffenden Komitees gewiesen. Ueber eine Beschwerde des Kreutzer Komitats wegen Steuereintreibung durch Militärexekution wurde nach längerer Debatte eine Repräsentation an Se. Majestät beschlossen, daß die auf ungesetzliche Weise im Lande in Gang gesetzten Steuerexekutionen aufgehoben werden, weil sich das Volk der Zahlung nicht widersetzt, sondern bis zum Herbst keine Mittel dazu besitzt. Für die nächste Sitzung (Samstag) ist die Verhandlung über die Wahl des Landeskapitäns und des Protonotars, und für Montag die Diskussion, betreffend das staatsrechtliche Verhältniß dieser Königreiche zu Ungarn, bestimmt. Außerdem wurden zur vorläufigen Sammlung und Ordnung der Vorschläge außer dem Komitee für Landesfonde, welchem Finanzsachen zugewiesen wurden, noch zwei neue Komitees von je 13 Mitgliedern, eines für politisch-administrative, das andere für juridische Angelegenheiten, gewählt.

Venedig, 10. Juni. (A. Z.) Aus Versehen überschritt eine österreichische Patrouille bei Crocil Trosini die Grenze. Sie wurde durch herbeigeeilte Bersaglieri festgenommen und nach Guastalla abgeführt.

Italien.

Turin, 13. Juni. (Sch. M.) Die Minister haben den Eid geleistet.

Rom, 11. Juni. (Sch. M.) Leopold und Ferdinand von Lothringen (Großherzog von Toskana und Sohn) werden nächstens hier erwartet.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Juni. Der Gesetzgeb. Körper beschäftigte sich gestern mit den Budgets der Ministerien des Unterrichts und der Landwirthschaft. Die Diskussionen boten

kein besonderes Interesse. — Das „Pays" vertheidigt heute das preßpolizeiliche Einschreiten gegen die autographirte Schrift des Herzogs v. Broglie: „vues sur le gouvernement de la France". Das Werk des ehemaligen Juliministers habe mehr als 600 Seiten; der erste Theil sei ein Ueberblick über die Regierungen der letzten 60 Jahre, worauf der Verfasser auf die Gegenwart komme und „seine Theorie zum Umsturz der kaiserl. Regierung" entwickle. Es sei eine gerichtliche Untersuchung gegen den Verleger im Gang. Demselben Blatt zufolge hat Graf Persigny die Absicht kundgegeben, den HH. Beau und Dumeneray das Recht zuzugestehen, einen Nachfolger für die ihnen entzogene Druckerei- und Buchhandelskonzession vorzuschlagen. Das „Pays" erblickt darin eine große Milderung der gegen sie ergriffenen strengen Maßregel. — Dasselbe Regierungsorgan berichtet ferner, daß die Nachricht von dem Tode des Grafen Cavour dem Pabste persönlich sehr nahe gegangen sei. Der römische Hof lebe übrigens in tiefer Ruhe, da er von der Fortdauer des französischen Schutzes überzeugt sei. Die Verständigen seien überzeugt, daß man sich auf diesen Schutz verlassen könne. — Eine Depesche aus Konstantinopel macht darauf aufmerksam, daß die beiden Kandidaten für die Regierung des Libanon, Abro Effendi und Daiid Effendi, Christen seien. Größere Aussichten habe der Letztere, der ein höherer Genieoffizier und Direktor der ottomanischen Telegraphenlinien ist. — Nach einer telegraphischen Depesche aus Beirut vom 5. Morgens waren bereits alle Truppen an Bord, und General Beaufort sollte an demselben Abend nach Alexandria abfahren, um dem Vizekönig einen Besuch abzustatten. — Börse: Baisse. 3proz. 67.85.

♁ **Paris**, 13. Juni. Es scheint gewiß, daß der Kaiser, dem Drängen der italienischen Partei nachgebend, geneigt wäre, das italienische Königreich unter gewissen Bedingungen hinsichtlich Roms und sogar Venedigs anzuerkennen, und daß Senator Heckeeren, welcher angeblich Hrn. Pereire in Eisenbahn-Angelegenheiten nach Wien begleitete, vom Kaiser, wie ich auf's bestimmteste versichern höre, den Auftrag hatte, in diesem Sinne in der österreichischen Hauptstadt zu wirken. Die Absicht der Anerkennung des italienischen Königreichs ist sogar durch Hrn. Thouvenel bereits den verschiedenen Regierungen veröffentlicht worden; doch lief eine zustimmende Antwort, und zwar unter ausdrücklicher Wahrung der Bedingungen wegen Roms und Venedigs, erst von St. Petersburg und von London ein. Der französischen Nation sollte die auf diplomatischem Wege erfolgte Anerkennung mittelst einer erläuternden Moniteurnote mitgetheilt werden. Bin ich gut unterrichtet, so würde diese im Ministerrathe bereits deliberirte Note besagen, daß die Regierung des Kaisers, um zu verhüten, daß das große Werk der italienischen Unabhängigkeit durch den Tod Cavour's gefährdet würde, es für angemessen erachte, den dermaligen Stand der Dinge anzuerkennen. Dieser Note und der bedingungsweisen Anerkennung des italienischen Königreichs tritt jedoch, wie ich vernehme, ein diplomatischer Zwischenfall entgegen. Die österreichische Regierung ließ, wie ich vernehme, in Fontainebleau erklären, daß durch die beabsichtigte Anerkennung des italienischen Königreichs durch das Kabinet der Tuilerien der Vertrag von Zürich faktisch aufgehoben sei. In diesem Vertrage, sagt Oesterreich, ist den vertriebenen italienischen Fürsten die Rückkehr in ihre Staaten ausdrücklich gewahrt. Diese Rückkehr soll nach der Meinung des Fürsten Metternich gegenwärtig große Aussicht haben, würde aber für alle Zeiten unmöglich werden durch eine Anerkennung des italienischen Königreichs, d. h. der in Italien vollzogenen Revolution Seitens der französischen Regierung. Durch diese Verletzung der Züricher Verträge würde sich auch Oesterreich jeder eingegangenen Verpflichtung enthoben erachten und sich die volle Freiheit seiner Handlungen vorbehalten. — Bei dieser Gelegenheit bestätige ich Ihnen auf's bestimmteste, was ich Ihnen über den Bericht des Generals Forey bezüglich der Vortrefflichkeit und Schlagfertigkeit der österreichischen Armee in Italien sagte. — Gestern erhielt Hr. Thouvenel Depeschen des Hrn. Ricasoli, worin der piemontesische Minister auf's neue seinen Entschluß bekundet, in jeder Weise nur im Einvernehmen mit der französischen Regierung zu handeln. — Dem „Pays" zufolge nennt man in Turin als eventuelle Repräsentanten des italienischen Königreichs in Paris den Grafen Solopis, Vizepräsident des Senats, Hrn. v. Villamarina oder den Grafen Alfieri. Wie es scheint, zweifelt man also in Turin nicht an demnächstiger Anerkennung. — Der Fürst von Piombino, welcher bekanntlich von Rom ausgewiesen wurde, wird heute in Paris eintreffen und sich nach Fontaineblean begeben, wo auch Fürst und Fürstin Metternich sich noch befinden.

Paris, 14. Juni. (Sch. M.) Der „Moniteur" meldet, daß die Majestäten in Fontainebleau einer Rennjagd beigewohnt haben.

Spanien.

* **Madrid**, 12. Juni. Das Geschwader von Algesiras hat sich nach der Palma-Bai begeben, wo es Uebungen im Feuer vornehmen wird. Admiral Pinzon ist mit 2 Schiffen nach Tanger abgesegelt.

Großbritannien.

⁂ **London**, 12. Juni. Wir kommen noch einmal auf die gestern telegraphisch angedeutete Aeußerung des Herzogs v. Somerset im Oberhause zurück. Der Earl of Carnarvon rügte gelegentlich der 2. Lesung der Government of the Navy-Bill die Saumseligkeit und Unschlüssigkeit der Flottenverwaltung, die so unvortheilhaft gegen den „Siebenmeilen-Stiefel-Schritt der französischen Regierung" absteche. Er macht besonders darauf aufmerksam, daß in den französischen Werften große leichtgehende Boote gebaut werden, mittelst deren man auf jeder beliebigen Küste rasche Truppenlandungen bewerkstelligen könne. Er wünscht zu erfahren, ob der erste Lord der Admiralität von diesen französischen Vorkehrungen, die nur einen einzigen, leicht zu errathenden Zweck haben könnten, unterrichtet sei, und was für Gegenanstalten er zu treffen beabsichtige? Der Herzog v. Somerset entwickelt die Pläne der Admiralität. Er sagt, daß der „Warrior" binnen wenigen Wochen seefertig sein werden, und daß sodann eine Anzahl sehr wichtiger Experimente zur Erprobung der besten Bauart für Panzerschiffe stattfinden solle. Hätten diese Versuche einmal zu einem sichern Schluß geführt, dann könne man sich darauf verlassen, daß die Admiralität in ihren Bauten keinen Augenblick länger säumen werde. Die Regierung besitze über Das, was in den französischen Werften vorgeht, keine amtliche Kenntniß, und er könne es nicht billigen, daß Admiral Elliott, was er mit eigenen Augen dort sah, enthüllt habe. Aber das Haus möge sich versichert halten, daß die Admiralität die Wichtigkeit der gegenwärtigen Krisis (!) nicht unterschätze, und daß die Regierung fest entschlossen sei, die Obermacht Englands zur See — komme, was da wolle — zu behaupten. Earl Grey erklärte sich von der Darlegung des Herzogs sehr befriedigt, und die Bill wird zum zweiten Mal gelesen.

* Die Aeußerungen des Herzogs von Somerset, die wir oben der Hauptsache nach mitgetheilt haben, verdienen eine genauere Hervorhebung. Ueber das Benehmen des Admirals Elliott, dessen Enthüllungen Sir John Pakington unlängst im Unterhaus benützte, sagte der Herzog: „Admiral Elliott ging nach Frankreich und suchte durch den dortigen englischen Gesandten die Erlaubniß nach, die französischen Werften zu besichtigen, ebenso wie französische Offiziere oft sich die Erlaubniß zum Besuch unserer Werften erbeten haben. Die französischen Behörden erfüllten seinen Wunsch mit der größten Zuvorkommenheit. Admiral Elliott ging und sah Alles, was in den Werften vorging; aber ich muß gestehen, daß ich unter diesen Umständen die Art, wie er sich nach seiner Heimkehr benahm, aufrichtig bedauere. Hätte ich selbst einem französischen Offizier die Erlaubniß zum Besuch unserer Häfenplätze ertheilt und hintendrein erfahren, daß er die erste Gelegenheit benützte, um das Ergebniß seiner Beobachtungen in derselben Weise, wie der tapfere Admiral gethan, zu veröffentlichen, so würde ich dies sicherlich nicht als eine sehr große Freundlichkeit von ihm betrachten. Zugleich war Alles, was Admiral Elliott bekannt machte, der englischen Regierung längst bekannt."

Der Herzog erwähnt sodann, daß die Regierung von allen Seiten mit Vorschlägen und Empfehlungen überlaufen werde, daß man ihr rieth, die Schiffe durch Kettenpanzer, durch Hanfgeflechte und endlich mit Gummi-Elasticum fest zu machen. Andere wieder drangen auf schräge Schiffswände. Alle diese Rezepte wurden in Portsmouth erprobt. Die Kettenrüstung zersprang beim ersten Schuß. Hanf und Gummi-Elasticum hielten eben so wenig Stand. Die schräge Schiffswand nützte gegen Armstrongsbolzen so wenig, wie die gewöhnliche. Ein in Chatam angestelltes Experiment zeigte, daß dicke Eisenplatten ein Fahrzeug auch nicht schußfest machen. Man hatte ihm 4½ Zoll dickes Eisen empfohlen, und er hatte Vertrauen zu 6 Zoll Dicke, bis er in Chatam sah, daß Armstrong's Geschosse mit Leichtigkeit durch 8 Zoll dickes Eisen schlugen. Das Problem, schußfeste Schiffe zu bauen, scheine ihm daher sehr weit von der Lösung entfernt, und werde sich vielleicht niemals lösen lassen. Alles, was sich thun lasse, sei, die Angriffswaffen der Kriegsschiffe so gewaltig als möglich zu machen, und die englische Flotte werde künftig weniger, aber schwerere Geschütze führen. — Die französischen Schiffe, bemerkt er weiterhin, seien der Mehrzahl nach von Holz und mit Eisen umhüllt. Er glaube, daß die ganz aus Eisen gebauten Schiffe sich am besten bewähren würden; die englischen seien aus Eisen und mit zwei Umkleidungen versehen, deren eine aus Thekaholz (teak) 26 Zoll, und deren andere aus Eisen 4½ Zoll dick sei.

Die Hafenbauten in Malta erklärt der Herzog, indem er sagt, daß es in Malta an genügendem Raum, nicht nur in den Docks, sondern im Handelshafen selbst fehle. Frankreich habe jetzt im Mittelmeer, vermöge der größern Geräumigkeit Toulons, bedeutende Vortheile gegen England.

Dänemark.

Aus **Kopenhagen** vom 11. d. wird uns von einem großen Exzeß berichtet, der gegen die dortigen Deutschen auf ihrem harmlosen Versammlungsorte „Sommerlyst" bei Gelegenheit der Aufziehung einer Danebrogsflagge von einem Pöbelhaufen (etwa 2000 Köpfe stark) verübt wurde. Das rohe Volk drang in das Gesellschaftslokal ein, trotz energischer Gegenwehr der Deutschen (meist dem „deutschen Handwerksvereine" angehörend), griff diese mit Steinwürfen an, und zertrümmerte die Fenster des Gebäudes. Doch konnten noch rechtzeitig Polizeimannschaften aufgeboten werden, um größeren Exzessen vorzubeugen.

Für das Freiburger Programm vom 6. Juni. Ein Beitrag zur Lösung der deutschen Frage.

Hochverehrliche Redaktion!

Erlauben Sie einem der 34 Männer, welche der am 6. Juni in dem alten Reichstagssaale („Kaufhaus") zusammengetretenen Versammlung Freiburger Männer die auch von Ihnen den Lesern der Karlsruher Zeitung mitgetheilten Resolutionen mit Motiven vorgelegt haben, einige Hauptpunkte etwas eingänglicher zu besprechen. Durch die ungeschmälerte Gewährung dieser Bitte würden Sie vor Jedermann zwar ein Interesse für den Gegenstand bekunden, aber in keiner Weise sich in die Reihen Derjenigen stellen, welchen in jenem Programm das rechte Ziel und der rechte Weg in der uns vorliegenden Aufgabe angegeben scheint. Für den Fall Ihrer Zustimmung erlaube ich mir heute zunächst einen einleitenden Bericht über den bisherigen Verlauf der Sache vorauszuschicken.

Wir sind, wie jetzt Hunderttausende in unserm deutschen Vaterlande, durch den offenbaren Nothstand des öffentlichen Lebens in Deutschland aus der ruhigen Arbeit am Büchertisch, in der Bureaustube, in Läden und Gewerksstätten aufgescheucht worden, und wie oft auch der Einzelne widerstreben mochte, es erschien als ein ernstes Pflichtgebot des Mannes, in der jetzt gegebenen politischen Situation eine bestimmte Stellung zu nehmen. Die ursprünglich kleine Zahl von Männern war nur darin ganz einmüthig, unter rückhaltlosem Verzicht auf alle Sympathien und Antipathien des Gemüths eine klare Gewißheit über Das anzustreben, was offenbar zum Wohle unseres größeren und unseres kleineren Vaterlandes dienen werde und für das Erkannte mit voller Bestimmtheit offen einzustehen. Es ist sehr bemerkenswerth, daß in diesem kleineren Kreise von Männern, wie in dem hernach vergrößerten, die sog. österreichischen Sympathien und preußischen Antipathien weitaus überwiegend vertreten waren. Gerade diese Thatsache hat uns eine größere Zuversicht für den sachlichen Werth unserer schließlichen Forderungen und zu rückhaltloser Offenheit über das Endziel derselben verliehen.

Auch die schließliche größte Versammlung war allerdings keine öffentliche. Es konnte und sollte nicht für ein erstes Heraustreten vor die Freiburger Bevölkerung und ehe man einer ausgedehnteren Zustimmung durch Erörterung unter unbefangen erwägenden Männern vergewissert war, die Kundgebung einer mündlichen Bekämpfung durch voraussichtlich unbedingte Gegner ausgestellt werden. Uebrigens ist dabei nichts weniger als ängstlich verfahren und wurden mehr als 500 Einladungen ausgegeben. Erschienen waren nach einer möglich gewordenen Einzelzählung 452 Einwohner. Nach der Aufforderung des Vorsitzenden haben nahezu Alle durch Erhebung von ihren Sitzen ihre positive Zustimmung zu der auch schon vorher gedruckt vertheilten Kundgebung ausgesprochen. Wohl Alle haben gefühlt, daß sich damit eine wichtige Thatsache vollzog. Es war keine Zustimmung, mit welcher eine bereits festgestellte Gemüthsneigung und Sinnesrichtung ihren formell bestimmten Ausdruck erhielt, sondern wohl in der großen Mehrzahl im Gegentheil eine solche Zustimmung, welche mit einem widerstrebenden Gefühl durch eingehende Erwägung der maßgebenden Gründe Abrechnung gehalten hatte.

Wie die Einladung, so ist auch die Zustimmung von Männern aus den verschiedensten Ständen und politischen Parteien ältern Schlags erfolgt. Es ist natürlich, daß Freund und Feind einzelne bestimmte Punkte ganz besonders in's Auge gefaßt haben; für Jedermann aber ist sicherlich eine entschiedene Stellung durch den jedenfalls bestimmten und offenen Ausdruck in der Kundgebung wesentlich erleichtert.

Vermischte Nachrichten.

* Karlsruhe, 14. Juni. Der Gemeinderath macht bekannt, daß der von dem Großen Bürgerausschuß unter'm 7. v. M. gefaßte Beschluß, die Bewilligung von Prämien bei Neubauten in der Langenstraße aus der Stadtkasse betr. (s. „Karlsr. Ztg." Nr 108), die Genehmigung des großh. Stadtamts erhalten hat.

§* Pforzheim, 12. Juni. Nachdem Hr. J. Faucher in seinem ersten, in einer Versammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins gehaltenen Vortrage die Berechtigung der Nationalökonomie, in politischen Fragen auch ein Wort mitzusprechen, sowie die üblen Folgen nachgewiesen hatte, die aus einer Verkümmerung der Rechte des Einzelnen in Entfaltung seiner produktiven Kraft nothwendig erwachsen müßten, und als er sodann in einem zweiten Vortrage die in England zu Tage getretene, den produzirenden Industriellen wie dem konsumirenden Publikum gleichermaßen zum Vortheil gereichende freie gewerbliche Entwicklung geschildert hatte, hat derselbe nun in der gestrigen, durch den Vorstand der hiesigen Handelskammer veranlaßten, sehr zahlreich besuchten Versammlung die bevorstehende Abschließung eines Handelsvertrages zwischen dem deutschen Zollverein und Frankreich in längerer Rede besprochen. Mit einer außerordentlichen Sachkenntniß behandelte derselbe zunächst den zwischen England und Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag und schilderte in einer, eine besondere Eingeweihtheit bekundenden Weise, wie es beiderseits dazu kam, daß, um sowohl Produzenten und Konsumenten, als auch höhern nationalökonomischen Prinzipien zu genügen, lange Zeit sich schroff gegenübergestandene Schranken entfernt wurden, und daß sich das bisher an seinen Schutzzöllen starr hängende England mit dem, einem exklusiven Prohibitivsysteme huldigenden Frankreich in handelspolitischer Beziehung einigte. Nach diesen vorausgegangenen Bemerkungen setzte der Redner alsdann auseinander, wie eine Einigung Deutschlands, beziehungsweise des Zollvereins, mit Frankreich nur auf gleicher Grundlage zu Stande kommen kann, wie sie bei der englisch-französischen Handelsverbindung maßgebend war, indem England selbst dabei das größte Interesse habe, daß die nämlichen Bestimmungen wie zwischen ihm und Frankreich, so auch zwischen diesem und dem Zollverein, wie überhaupt bezüglich aller Länder, mit welchen Frankreich Handelsverträge abzuschließen beabsichtige, Geltung finden. Hr. Faucher nannte hiebei speziell einzelne Handelsgegenstände, hinsichtlich welcher der projektirte Handelsvertrag von besonderer Wichtigkeit sein wird, machte sodann geltend, daß von deutscher Seite durchaus darauf zu bestehen sei, daß gleiche Zollsätze und Vergünstigungen auch zwischen Frankreich und den noch außerhalb des Zollvereins stehenden Hansestädten gelten sollten, und sprach schließlich das Bedauern aus, daß das deutsche Volk gar keine Gelegenheit habe, in dieser wichtigen Sache sich durch seine gesetzlichen Vertreter auszusprechen, obgleich doch eine Angelegenheit von solcher Tragweite weit eher noch der Berathung der legislativen Körper unterbreitet zu werden gehöre, als manch andere minder wichtige Gegenstände.

* Aus Konstanz schreibt man uns, daß dort ein Schusterbuben-Witz oder vielmehr witzlose Gemeinheit in der neuesten Nummer des Münchener „Punsch" eine solche Indignation erregt hat, daß allgemein die Abschaffung des Blattes beschlossen wurde. Aehnliches meldet man aus Stockach und anderen Orten des Großherzogthums.

— Nürnberg, 13. Juni. (N. Corr.) Zur Aufführung bei unserm Gesangfest sind folgende 16 Kompositionen eingesandt worden: Von Fr. Lachner in München: „Sturmesmythe"; Hiller in Köln: „An das Vaterland"; Otto in Dresden: „Der 23. Psalm"; Abt in Braunschweig: „All Deutschland"; Methfessel ebendaselbst: „Festgesang"; Kalliwoda in Donaueschingen: „Danklied"; Lachner in Mannheim: „Frühlingsgruß"; Kücken in Stuttgart: „Der deutsche Landsturm"; Neeb in Frankfurt a. M.: „Hymnus"; Tschirch in Gera: „An die Deutschen"; Becker in Würzburg: „Hymne"; Storch in Wien: „Ermanne dich, Deutschland"; Herzog Ernst zu Koburg: „An die deutsche Tricolore"; Möhring in Neu-Ruppin: „Allgemeines Schlachtgebet"; Grobe in Nürnberg: „Unser Hort"; Georg Emmerling in Nürnberg: „Des Sängers Herz".

München, 11. Juni. (Allg. Z.) Der Historiker v. Sybel hat einen Ruf nach Bonn erhalten und angenommen. — An Lasaulx's Stelle hat die philosophische Fakultät den Dr. Carriere zum ordentlichen Professor der Aesthetik und Kunstgeschichte bevorwortet.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

U.513. Karlsruhe. Den 14. l. M. nach Mitternacht starb nach längerem Leiden Frau Josephine, geb. Schindler, Gemahlin des großh. Professors und Hofbibliothekars Gratz dahier.

Karlsruhe, den 15. Juni 1861.

Die Hinterbliebenen.

U.430. Nr. 13,397. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die für das Rechnungsjahr 1860/61 aus den bad.-bad. Landestheilen fällig werdenden Aussteuerpreise aus der Georg-Elisabethen-Stiftung zu Ettlingen betreffend.

Aus der für verwaiste vermögenslose Mädchen katholischer Konfession in einigen baden-badenschen Landestheilen bestehenden Georg-Elisabethen-Stiftung sind dermalen wieder drei Aussteuerpreise von je 333 fl. 20 kr. zu vergeben, und zwar nach dem in dem Statut dieser Stiftung vom 20. Dezember 1791 und 7. April 1820 vorgeschriebenen Turnus diesmal

1) ein Preis für den Oberamtsbezirk Rastatt nach dem Bestand vom Jahr 1771 mit den bis jetzt noch nicht berücksichtigten Ortschaften: Rheinau, Steinmauern, Elchesheim, Würmersheim, Durmersheim, Bietigheim, Niederbühl, Oberndorf, Eberstein, Gaggenau, Rothenfels mit Winkel, Rauenthal, Bischweier, Nieder- und Oberweier;
2) ein Preis für den damaligen Oberamtsbezirk Mahlberg mit Dundenheim, Friesenheim, Heiligenzell, Ichenheim, Kippenheim, Kippenheimweiler, Sulz nebst Langenharderhöfen und Wagenstadt;
3) ein Preis für den damaligen Oberamtsbezirk Eberstein, jetzt Gernsbach, mit Hilpertsau, Weisenbach, Langenbrand, Gausbach, Forbach, Hördten, Ottenau, Michelbach, Lautenbach, Freiolsheim und Au.

Sodann ist noch ein Preis vom Jahr 1859/60 für eine Dienerswaise aus den sämmtlichen ehemals baden-badenschen Landestheilen vakant, über welchen diesmal wieder die Bewerbung eröffnet wird.

Mit Bezugnahme auf die in dem Anzeigeblatt für den vormaligen Kinzig-, Murg- und Pfinzkreis vom 22. April 1820 näher bezeichneten Bestimmungen werden nun die, wenigstens vaterlosen, Waisen weiblichen Geschlechts, welche das 16. Jahr zurückgelegt haben und sich um diese Aussteuerpreise bewerben wollen, aufgefordert, binnen 3 Wochen, vom Tag dieser Verkündung an, sich an ihre geistlichen und weltlichen Ortsvorgesetzten zu wenden, sie um Zeugnisse über Alter, Sitten, Vermögen, Familienverhältnisse und um Vorlage ihre Gesuche an das betreffende Amt zu bitten, welches dieselben sodann binnen weitern 8 Tagen mit gutächtlichem Antrag anher oder, soweit die Waise im Bezirk der großh. Oberrheinkreis-Regierung wohnt, an diese Stelle vorzulegen hat.

Die großh. Aemter haben diese Bekanntmachung sofort auch in ihren Verkündungsblättern zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Karlsruhe, den 10 Juni 1861.

Großh. Regierung des Mittelrheinkreises.
J. A. d. K.-D.:
Fröhlich.
vdt. Neumann.

U.391. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe von Circularbilleten für die Rhein-Route betreffend.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß auch in diesem Jahre bei den großh. Eisenbahnstationen **Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden** und **Freiburg** sogenannte **Circularbillete** für die I. Wagenklasse zu **ermäßigten** Preisen ausgegeben werden.

Diese Billete, deren Giltigkeitsdauer wie bisher auf **einen Monat** festgesetzt ist, berechtigen den Inhaber zur Rundreise über **Frankfurt, Kastel, Mainz, Bingen, Coblenz, Cöln, Aachen, Brüssel** oder **Namur** nach **Paris** und **zurück** über **Straßburg** und **Kehl,** oder umgekehrt über **Kehl** und **Straßburg** nach **Paris** und **zurück** über **Brüssel** oder **Namur, Cöln** und **Frankfurt.**

Der Fahrpreis beträgt für dieses Jahr 129 Fs. 50 Cs. oder 60 fl. 26 kr.

Karlsruhe, den 10. Juni 1861.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Kratt.

U.480. Mannheim.

Erklärung.

Veranlaßt durch die Anfragen mehrerer Buchhandlungen in Betreff meiner Schrift über **die Abstammung** des **Menschengeschlechts,** erkläre ich hierdurch, daß ich diese, sowie andere in meinem eigenen Verlage erschienene Schriften in der Regel nur auf Verlangen an entferntere Buchhandlungen versende. Letzteren wird indessen der herkömmliche Rabatt bewilligt.

Mannheim. **G. F. Schlatter.**

U.476. **Stellegesuch.**

Eine durchaus gewandte **Köchin** sucht eine Stelle in einem Gasthof oder Herrschaftshause, könnte auch als Haushälterin eintreten. Ihre Adresse ist zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

U.427. **Stellegesuch.**

Ein junger Mann von 20 Jahren, der schon längere Zeit die Reisen für eine Fabrik in gestrickten wollenen Waaren besorgte und sehr gute Atteste aufzuweisen hat, wünscht anderwärts placirt zu werden. Der Eintritt könnte in Bälde geschehen.

Franko Offerte unter Chiffre W. Z. U.426 besorgt die Expedition dieses Blattes.

U.404. Karlsruhe.

Die
photographischen Portraits
S. K. H. des Grossherzogs,
I. K. H. der Grossherzogin,
S. Gr. H. des Erbgrossherzogs
empfehlen
A. Winter & Sohn,
Grossh. Hoflieferanten.

U.70. Lyon.

Das Commissions- & Wechselgeschäft
von
Jacques Brown,
26 Rue Neuve, **Lyon,**

übernimmt den Einkauf französischer Artikel für auswärtige Häuser, leistet Vorschüsse auf Consignationen, gewährt Blanco Credit, überläßt und escomptirt Wechsel des In- und Auslandes, und empfiehlt dessen Vermittlung für mercantilisches Interesse im Allgemeinen. — Correspondenz franco in deutscher oder französischer Sprache.

U.407. Landau.

Bau bombensicherer Proviantgebäude
in der
Bundesfestung Landau.

Das für die Ausführung obiger Bauwerke durch Bekanntmachung vom 6. dieses eingeleitete Submissionsverfahren findet nicht statt, weßhalb die auf Dienstag den 18. Juni dieses Jahres hiefür anberaumte Tagfahrt unterbleibt.

Landau, am 11. Juni 1861.

Die Königliche Bayerische Geniedirektion der Bundesfestung Landau.
Mager, Oberst.

Q.771. **Für Leidende!**

Auf die Heilung der aus gewissen Verfehlungen entstandenen Folgen und Schwächezustände bin ich durch viele Erfahrungen in ausgezeichneter Weise eingeübt und offerire mich zu Hülfeleistungen.

Auf Verlangen erhält Patient eine Druckschrift zugesandt, woraus er alle nöthige Aufklärung schöpfen und meine Befähigung als Spezialarzt erkennen kann. Briefe unter der Adresse: Dr. A. B. C. in Schwäb. Hall.

Apothekergehilfe-Gesuch.

U.299. In einer Amtsstadt in der Nähe von Heidelberg ist auf 1. Juli d. J. eine Stelle zu besetzen. Salair 225 fl. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

U.332. Pforzheim.

Hausverkauf oder Verpachtung.

Ein in der frequentesten Lage hiesiger Stadt gelegenes Haus mit Fabriklokal, Hof, Hintergebäude und Stallung, sowie zwei gewölbten Kellern, welches sich vermöge seiner günstigen Lage, sowie seiner großen Räumlichkeiten zum Betriebe eines jeden Geschäftes eignet, und in welchem schon seit 40 Jahren ein **Spezereigeschäft** getrieben wird, ist unter günstigen Bedingungen durch meine Vermittlung entweder zu verkaufen oder **das Geschäft zu verpachten.**

Oeffentliches Geschäftsbureau.
Ed. Hoffmann.

T.873. Neckargemünd.

Hausverkauf.

In Neckargemünd ist ein solid gebautes, geräumiges Wohnhaus mit Stallung und Remise, in schöner Lage, mit auf den Neckar stoßendem Hausgarten aus freier Hand zu verkaufen von

F. Wundt.

U.482. Stuttgart.

Luxus-Pferde.

Die Unterzeichneten bringen höflichst zur Anzeige, daß sie am

Montag den 17. Juni

im Gasthof

zum König von England in Stuttgart

mit einem großen Transport eleganter

ungarischer und polnischer
Wagen- und Reitpferde

eintreffen, und laden die resp. Kaufsliebhaber auf diesen und die nächstfolgenden Tage ganz ergebenst ein.

Gebrüder Löbstein
aus Jebenhausen bei Göppingen.

Q.639 Bremen.

Norddeutscher Lloyd.

Direkte
Post-Dampfschifffahrt
zwischen
Bremen u. Newyork

Southampton anlaufend:

P.-D. **Newyork,** Capt. **G. Wenke,** am Sonnabend den 6. Juli.
P.-D. **Bremen,** Capt. **H. Wessels,** am Sonnabend den 3. August.
P.-D. **Newyork,** Capt. **G. Wenke,** am Sonnabend den 31. August.
P.-D. **Hansa,** Capt. **H. J. v. Santen,** am Sonnabend den 28. September.
P.-D. **Bremen,** Capt. **H. Wessels,** am Sonnabend den 26. Oktober.

Passage-Preise: Erste Cajüte 140 Thaler, zweite Cajüte 90 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Gold, incl. Beköstigung. Kinder unter zehn Jahren auf allen Plätzen die Hälfte; Säuglinge 3 Thaler Gold.

Güterfracht: Zwölf Dollars und 15 % Primage für Baumwollenwaaren und ordinäre Güter und Achtzehn Dollars und 15 % Primage für andere Waaren pr. 40 Cubikfuß Bremer Maße, einschließlich der Lichterfracht auf der Weser. — Unter 3 Dollars und 15 % Primage wird kein Connoissement gezeichnet. — Feuergefährliche Gegenstände sind von der Beförderung ausgeschlossen.

Die Güter werden durch beeidigte Messer gemessen.

Post: Die mit diesen Dampfschiffen zu versendenden Briefe müssen die Bezeichnung „via Bremen" tragen.

Bremen, 1861.

Die Direktion des Norddeutschen Lloyd.
Grüsemann, Direktor. **H. Peters,** Prokurant.

U.459. Heidelberg.

Apotheke-Verkauf.

Eine gut eingerichtete und frequente Apotheke in einer der belebtesten Gegenden des Mittelrheinkreises wird, Familienverhältnisse halber, unter annehmbaren Bedingungen verkauft.

Nähere Auskunft ertheilen Herren **Chr. Keller & Comp.** in **Heidelberg.**

U.481. Palmbach, Oberamts Durlach.

Obstmost- und Weinversteigerung.

Nächsten Dienstag den 18. d. M., Vormittags 10 Uhr, setzt der Unterzeichnete 20 — 22 Ohm Apfel- und 10 — 12 Ohm Birnmost, vorzüglich gut, sowie 4 Ohm Affenthaler und 5 Ohm Umweger Rißling 1857er rein gehaltenes Gewächs, bester Qualität, ein 1140 Maß haltendes, vorzügliches Ovalfaß, einer öffentlichen Steigerung aus; wozu die HH. Liebhaber einladet,

Palmbach, Oberamts Durlach, den 13. Juni 1861,
Alt-Bürgermeister **Jourdan.**

U.477. D.Nr. 6416. Karlsruhe.

Liegenschafts-Versteigerung.

Die Erben des Maurermeisters Heinrich Weilbier in Karlsruhe lassen am

Freitag den 21. d. M.,
früh 9 Uhr,

im Hause Nr. 32 der Adlerstraße folgende Liegenschaften der Erbtheilung wegen öffentlich versteigern:

1) Ein dreistöckiges Wohnhaus in der Akademiestraße Nr. 45, Eck der Karlsstraße, ganz von Stein, neben Weinhändler Schwindt und Baurath Eisenlohr's Wittwe, taxirt zu 18,000 fl.
2) Ein dreistöckiges Wohnhaus mit Seiten- und Querbau, Hof und Garten in der Adlerstraße Nr. 30, neben Schreiner Wagner, taxirt 18,000 fl.
3) Ein dreistöckiges Wohnhaus mit Seitenbau, Remisen und Garten in der Adlerstraße Nr. 32, neben Bäckermeister Häuser, taxirt zu 20,000 fl.
4) ein Morgen Acker an der Kriegsstraße, neben Gebrüder Himmelheber und Zimmermeister Georg Küntzle, geschätzt zu . . . 2000 fl.
5) ½ Morgen Garten bei der Eisenbahn im I. Gewann, neben Partikulier Kamm, taxirt zu 1200 fl.

Der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis erreicht wird.

Die näheren Bedingungen können bei Notar Grimmer eingesehen werden.

Karlsruhe, den 14. Juni 1861.

Großh. bad. Stadtamts-Revisorat.
G. Gerhard.
vdt. Müller.

U.424. Durmersheim.

Eichen-Stamm- und Klafterholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Durmersheim läßt am Montag den 17. d. M., Morgens 8 Uhr anfangend, in ihrem Gemeindewald auf der Hardt, in der Nähe der herrschaftlichen Hardtbruchwiesen, 180 Stämme Schäleichen, welche sich zu Sparren-, Riegel- und Balkenholz, und 19 Stämme stärkeres Bau- und Nutzholz und 73 Klafter eichenes Schälholz öffentlich versteigern. Die Zusammenkunft ist am Platze selbst.

Zuerst wird das Klafterholz, sodann das Stammholz versteigert.

Durmersheim, den 11. Juni 1861.

Bürgermeisteramt.
Haitz.

U. 301. Freiburg. (Holz- und Grasversteigerung.) Montag den 17. d. M. werden in nachstehenden Domänenwaldungen mit Borgfrist bis zum 1. Oktober d. J. versteigert,

im Distrikt Arlesheimer-Wald,
Gemarkung Thiengen:

20 Eichen-Stämme, worunter solche zu Holländerholz geeignet, 6½ Klftr. 8' lange eichene Steckspälter, 6¼ Klftr. Nutz- (Kiefer-) Holz, 23 Klftr. eichenes Scheit- und 18½ Klftr. Prügelholz, 700 Wellen und 3 Loos Abfallreis.

Die Zusammenkunft ist im Holzschlag Vormittags 9 Uhr.

Sodann Nachmittags 1 Uhr wird auf dem Schlatterhof das Seegras, sowie das Futtergras auf holzleeren Stellen in den Domänenwaldungen Arlesheimer-Forst- und Eschmattenwald versteigert.

Freiburg, den 7. Juni 1861.

Großh. bad. Bezirksforstei Wendlingen.
Wannemacher.

U.116. Nr. 1221. Oberkirch. (Heugras-Versteigerung.) Der Heugraserwachs domänenärarischer Wiesen wird an nachbenannten Tagen öffentlich an die Meistbietenden versteigert:

1) Montag den 17. d. Mts., um 8 Uhr, von 51 Morgen der Gemarkung Ottenhöfen im Pflug;
2) Dienstag den 18. d. Mts., um 8 Uhr, von 146 Morgen der Gemarkungen Erlach und Zusenhofen in der Linde zu Zusenhofen;
3) Mittwoch den 19. d. M., um 8 Uhr, von 117 Morgen der Gemarkungen Maisenbühl und Nußbach in der Linde zu Nußbach;
4) Donnerstag den 20. d. M., um 10 Uhr, von 48 Morgen der Gemarkungen Fernach und Oberkirch in der Linde dahier, und Nachmittags 3 Uhr von 7 Morgen der Gemarkungen Kappelrodeck und Mösbach im Pflug in Mösbach;
5) Freitag den 21. d. M., um 8 Uhr, von 51 Morgen der Gemarkungen Renchen und Wagshurst im Engel in Wagshurst;
6) Samstag den 22. d. M., um 8 Uhr, von 54 Morgen der Gemarkung Großweier in der Linde;
7) Dienstag den 25. d. M., um 8 Uhr, von der Stegmatte zu Gamshurst im Hirschenwirthshause.

Die Wiesen sind in geeignete Loose abgetheilt und die Aufseher zur Vorzeigung derselben angewiesen.

Oberkirch, den 2. Juni 1861.

Großh. bad. Domänenverwaltung.

U.411. Nr. 5243. Karlsruhe. (Mundtoderklärung.) Alois Bohner VI. Wittwe, Veronika, geb. Bohner, von Bulach wurde durch diesseitiges Erkenntniß vom 27. Mai l. J., Nr. 4592, wegen Verschwendung im ersten Grade mundtodt erklärt und heute Landwirth Ignaz Bohner II. von Bulach unter Bezug auf L.R.S. 513 als Kurator für sie verpflichtet.

Karlsruhe, den 11. Juni 1861.

Großh. bad. Landamt.
Bausch.
vdt. Schäfer, Akt. jur.

U.461. Nr. 5733. Ettlingen. (Schuldenliquidation.) Katharina Bandel von Ettlingen, z. Z. in Amerika, bittet um Ausfolgung ihres Vermögens. Einsprachen sind

Montag den 24. l. M.

dahier vorzubringen.

Ettlingen, den 11. Juni 1861.

Großh. bad. Bezirksamt.
Ruth.

U.425. Konstanz. (Fahndungszurücknahme.) J. U. S. gegen Charles Stapleton, angeblich aus London, wegen Betrugs, wird das Ausschreiben des großh. Bezirksamts hier vom 30. Mai v. J., Nr. 5025, hiemit wieder zurückgenommen, da der Angeschuldigte dahier eingeliefert worden ist.

Konstanz, den 8. Juni 1861.

Großh. bad. Amtsgericht.
Amann.

U.463. Nr. 6447. Offenburg. (Fahndungszurücknahme.) Da Xaver Hund von Kappelrodeck am 8. d. Mts. vorgeführt wurde, wird die Fahndung vom 24. Mai d. J., Nr. 5728, zurückgenommen.

Offenburg, den 10. Juni 1861.

Großh. bad. Amtsgericht.
Heydweiller.

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatte des Wechselmakler-Syndik. Donnerstag, 13 Juni.

Staatspapiere.

		Per comptant.			Per comptant.
Oestr.	5% M. i. S. b. R.	—	Kurh.	4½% Obl. b. Rths.	—
„	5% do. 1852 i. Lst.	71 P.	G.Hes	5% Oblig. b. Roths.	104⅛ G
„	5% do. 1859 i. Lst.	65 P.	„	4½% Obligat.	102¼ P 101¾ G.
„	5% Lo. i. S. b. R.	81½ P.	„	4% do. bei Roths.	100⅜ P.
„	5% Ven. Coup b. R.	63¾ G.	„	3½% ditto	94 G.
„	5% Nat.-Anl. v. 1854	56 bez. u. G	Nass.	5% Obl. bei Rths.	105 P. 101½ G.
„	5% Met.-Obl.	48 P.	„	4½% Obl. ditto	102¾ P.
„	5% do. 1852	48 P.	„	4% Obl. ditto	99⅞ P
„	4½% do	41⅛ G.	„	3½% Obl. ditto	94¼ P.
Preus.	5% Preuss.	107 G.	Braw.	3½% Obl. b. Roths.	90¼ P.
„	4½% Oblig.	102⅝ P.	Luxbg.	4% Obl in Fr. a 28 kr	91⅛ P.
„	3½% Staatsanch.	88 G.	Frkft.	3½% Obligat.	90⅝ P.
Bayer	5% O. 1856 b. R.	102½ G.	„	3% ditto	91 G.
„	4½% 1 jahr.	102⅜ G	Span.	3% inländ. Schuld	48½ P.
„	4½% ½ jahr.	103⅝ P.	„	1¾%	42⅝ P.
„	3%	—	Holld.	2½% Integr.	—
„	4% Ablös.-R.	100¾ P. ⅝ G	Belg.	4½% O. i. Fr. 28 kr.	99¾ G.
„	3½%	—	Sard.	5% O. b. H. i. Lv. à 12	—
Wrtg.	3½% Obl. b. R.	105⅞ P.	„	3% O. b. R. i. L. 28 kr.	—
„	4% „ Cp. b. R.	101⅛ G.	Tosk.	5% O. C. b. Goldsch.	—
„	3½% ditto	95¾ G.	Schwd.	4½% O. b. R. E. R. 105	99½ P.
Baden	4½% Oblig.	102¼ G.	Schwz.	4½% Eidg. Obl.	101⅜ P
„	4% do.	100⅝ P.	N. Am.	6% St. Dll. 2½ fl.	—
„	3½% do. v. 1842	95¼ P.	„	5% do. v. 1871 u 74	—

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. „ 1839	60⅞ G.	
„ 250 fl. „ 1854	64¼ G.	
„ 100 fl. Pr. 1858	101⅜ P.	
„ 500 fl. von 1860	61⅛ P.	
4½% Preuss. Pr.-A.	126 G.	
Schwd. Rthlr. 10 b. B.	10 P.	
Badische 50-fl.	90¼ P.	
„ 35-fl.	52⅞ P.	
Kurh. 40 Th.-L. b. R.	99⅞ P.	
G. Hess. 50-fl.-L. b. R.	130⅝ G.	
„ 25-fl.-L. „	35⅛ G.	
Nass. 25-fl.-L. b. Rth.	35¼ P.	
Hamb. in Th. à 105 kr.	—	
Schmb.-Lipp. 25 Th.	30 P.	
Sard. Fr. 36 b. Bethm.	31 P.	
St. Lütt. m. 2½% Z.	37⅛ P.	
Vereins-Loose à fl.	10¼ P.	
Ausb. Gnh. 7-fl. b. Erl	11 P.	

Wechsel-Kurse.

Amsterdam k. S.	99⅝ B.	
Antwerpen „	93⅞ G.	
Augsburg „	100 B. 99⅝ G.	
Berlin „	105⅜ G.	
Bremen „	86½ B.	
Brüssel „	81⅞ G.	
Cöln „	105 G.	
Hamburg „	87⅞ G.	
Leipzig „	105 G.	
London „	118⅝ G.	
Mailand „	93⅛ G.	
München „	91⅝ B.	
Paris „	93⅛ G.	
Triest „	—	
Wien „	91⅝ bez.	
Disconto	3⅝ G.	

Geld-Sorten.

Pistolen	fl.	9 37-38
ditto Preuss.	„	9 56⅞-57⅞
Holl. fl. 10 Stücke	„	9 42⅞-43⅞
Ducaten	„	5 32½ G.
20-Frankenstücke	„	9 26-31
Engl. Sovereigns	„	11 47-51
Gold p. Pfd. fein	„	799-804
Rand-20r. ditto	„	30 12
Rh. S. p. Pfd. fein	„	51 40-52 15
Preuss. Cass.-Sch.	„	1 45-½

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

Frankfurter Bank à 500 fl.	109⅝ P.	4% Ludw.-Bexb. Eis.-Akt.	137⅞ G.	
Oesterr. Nat.-Bank-Akt.	654 bez.	4½% Pf.-Maz. E.-A. b. R.	99½ G	
Oest. Credth.-Akt. fl. 200	150 bez.	4½% Bayr. Ostb. b. Rthsch.	104¾ bez. u. G.	
Bayr. Bankaktien à 500 fl.	—	4½% Hs. Ludw. A. o. Zinsb	101½ G.	
Darmst. B. 1. u. 2. Ser. à 250 fl.	186⅝ G	Kurf.-Fr. Wilh.-Nordb.	—	
Weim. B.-A. à 100 Rthlr.	75 G.	Livorn.-Florenz-Eis.-Akt.	—	
Mitteldeutsche Crdakt.	70 G.	4½% Hess. Ludwigsbahn.	99 G.	
Norddeutsche „	—	5% Oest. Lit. 1.-P.-O. Z. i. S.	66⅝ P	
Intn. Bk. i. Lux. Fr 250	84 G.	5% do. 2. do.	—	
Berl. Disc. Anth. à 105 b. N	—	Ludw.-B. 5% 1. u. 2. Pr.-Obl.	104¾ G.	
Ldgfl. H. Ldbk. b. R. Erlngr.	—	„ „ 4½% Pr.-Obl.	102¾ G.	
Leipz. Creditbk. Thlr 100	—	„ „ 4% Pr.-Obl.	98¼ P.	
Tannus-Eisenb.-A. à 250 fl.	320 P.	4½% Rhein-Nahe Pr.-Obl.	96½ P.	
Frankf.-Han. Eisenb.-Akt.	67 P.	4½% Frkf.-Han. Pr.-Obl.	—	
4% Oest. Staats-Eisnb.-A.	231 P.	5% P.-O. Frz.-O.-B. Fr. 28	—	
3% Pr. O. d. Oest. St. E.-Gs.	51½ P.	Südd. Bankakt. 30% Einz.	237 P. 236 G exC	
3% Oest. St. Pr. O. 28 kr. b. R.	—	Sp. H.-u. I. 75% E. i. Fr. 28 kr.	550 P.	
5% K. K. Elis.-Eb.-A. 85% E.	119 G.	dt. C.-A. G. P. & C. 40% 28 kr.	475 P.	
5% Elisab.-Bahn Prior.	75½ P	Bayr. Ostb. b. R. 30% 4½%	103⅜ P.	
„ Pardub. Vrb.-Act. 200 fl.	—	Deutsch. Phön.-Akt. 20% E.	131 G.	
Rhein-Nahe-B. 80% E. 40% Z	22½ P.	Providentia Feuerv. 100% E	101 P. 100½ G.	

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.